

Bau im Blick

BiB

 BAUEN UND SERVICES
DIE BAUINDUSTRIE OST



02 | 2019

Baupreise gehen durch die Decke? | Kassandrarufo in der Kapazitätsdebatte
Kommunalwahl | Vergabegesetze auf dem Prüfstand | Leipziger BIM-Fachtagung
Viele Wege führen zum Traumberuf | Serieller und modularer Wohnungsbau

Bauindustrieverband Ost e. V.

Ausgabe: 02 | 2019
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Adresse:
Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam

Telefon: 0331/74 46-0
Fax: 0331/74 46-166
E-Mail: info@bauindustrie-ost.de

Hauptgeschäftsführer:
Dr. Robert Momberg

Verantwortlich für die Redaktion:
Susann Stein
Ressortleiterin Politik und Kommunikation

Redaktionsmitarbeit:
Daniel Anger Grit Höfer
Mathias Kahrs Herbert Mackenschins
Sophie von Minckwitz Hubertus Nelleßen
Kerstin Poznanski Michael Schmidt

Layout / Satz:
markenzoo®, Dr. Sven Lehmann, Dresden

Fotonachweis:
Bauindustrieverband Ost e. V.

Druck:
addprint AG, Possendorf

Weitere Informationen unter:
www.bauindustrie-ost.de



TOP-Thema Baupreisentwicklung

Baupreise gehen durch die Decke?

4

MEINUNG

Die Kassandraruhe in der Kapazitätsdebatte am Bau

6

BAU IM BLICK

Kommunalwahl

7

Straßenausbau auf dem Rücken der Bürger?

8

Vergabegesetze auf dem Prüfstand

8

GU-Vergabe: Beliebt, aber selten angewandt

9

5. Leipziger BIM-Fachtagung

9

Parlamentarischer Abend – Strukturwandel in der Lausitz

10

LÄNDERSPIEGEL

Berlin | Berliner Runde

11

Berlin | BIM-Gespräch

11

Berlin | Kapazitäten in der Baubranche

11

Berlin | Bauen statt Enteignen

12

Berlin | Antrittsbesuch beim Staatssekretär

12

Brandenburg | Partnerschaftliches Bauen

12

Brandenburg | Baupolitisches Frühstück Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg

13

Brandenburg | Gespräch mit der SPD-Fraktion Brandenburg

13

Sachsen | Im Diskurs mit der Staatskanzlei

13

Sachsen | Diskussion mit der CDU Sachsen

14

Sachsen-Anhalt | Licht und Schatten beim Vergabegesetz Sachsen-Anhalt

14

Sachsen-Anhalt | Im Dialog mit der CDU-Landtagsfraktion

14

AUSBILDUNG

Umschulung zur Maurerin | Viele Wege führen zum Traumberuf

15

Von der Schulbank über den Chefsessel zum dualen Studium

15

Aktuelle RECHTSPRECHUNG

Vertragsstrafe auf Zwischentermine auf anteiligen Auftragswert begrenzt

16

BAUPRAXIS

BONAVA Deutschland GmbH | Neues Wohnquartier in Bernau

17

WISSENSCHAFT & FORSCHUNG

Serieller und modularer Wohnungsbau

18

VERBAND aktuell

20

KONJUNKTUR

23

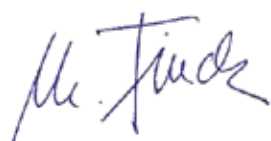
Bau im Blick Aufeinander bauen

Goldgräberstimmung in den Unternehmen?

„Stärkster Anstieg seit zehn Jahren“, „Preise für Neubauten steigen massiv“, „Der Bau boomt, Preise explodieren“ – man muss nicht lange suchen, um diese Schlagzeilen am Zeitungskiosk oder im Internet zu finden. Bauen ist teurer geworden und auch die Auftragsbücher der Firmen sind über Monate hinaus gefüllt. Während andere Branchen im produzierenden Gewerbe wie selbstverständlich Preisanpassungen mit der Marktentwicklung begründen, kommen Bauunternehmen immer mehr in die Pflicht, sich für die Marktsituation zu rechtfertigen. Die neue Ausgabe der „Bau im Blick“ möchte mit der Legendenbildung aufräumen und aufzeigen, wie und warum sich die Preise auf dem Bauproduktmarkt entwickeln.

Zu den größten Baustellen gehört derzeit die überwuchernde Bürokratie beim Bauen. Diese verteuert nicht nur den Prozess ungemein, sondern stört auch das Verhältnis zwischen Auftraggebern und Unternehmern. Wir müssen vor allem bei öffentlichen Aufträgen endlich zu einem partnerschaftlichen Verhältnis auf Augenhöhe zurückkommen. Dazu gehört auch, dass die Politik die Sorgen der Praktiker ernst nimmt, die sich vehement gegen die inhaltliche Überfrachtung der Landesvergabe Gesetze aussprechen. Auch hier sollte im Vordergrund stehen, faire und transparente Vergaben zu gewährleisten und nicht (eigentlich berechnete) gesellschaftspolitische Ziele auf dem Rücken der Bauunternehmen auszutragen.

Ihr




Wolfgang Finck
 Präsident
 Bauindustrieverband Ost e. V.



Zu den größten Baustellen gehört derzeit die überwuchernde Bürokratie.

> Baupreise gehen durch die Decke?

HINTERGRÜNDE ZUR AKTUELLEN BAUPREISENTWICKLUNG

Der Bau boomt derzeit in Deutschland. Aktuell kann die Mehrheit der Bauunternehmen auf eine gute Auftragslage und gefüllte Bücher blicken. Nach Jahren der Rezession haben sie endlich die Möglichkeit der Konsolidierung. In der Öffentlichkeit wird die aktuelle Entwicklung der Baupreise hitzig diskutiert.

In Ostdeutschland haben sich die Baupreise 2018 zum Vorjahr um 6,9 Prozent erhöht.

Preisindizes Bauleistung am Bauwerk gesamt (2015=100 und Prozent zum Vorjahr)

	Deutschland		darunter Ostdeutschland	
	2015 = 100	% Vorjahr	2015 = 100	% Vorjahr
Ø 2014	98,6	+1,5	98,3	+2,6
Ø 2015	100,0	+1,4	100,0	+1,7
Ø 2016	101,7	+1,7	102,0	+2,0
Ø 2017	105,2	+3,5	106,3	+4,3
Ø 2018	110,7	+5,2	113,7	+6,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bauindustrieverband Ost e. V.

Für die aktuelle Entwicklung bei den Baupreisen sieht der Bauindustrieverband Ost verschiedene Ursachen:

Der Baumarkt ist ein Markt, der genau wie der Automobil- oder Elektronikmarkt über den Mechanismus Angebot und Nachfrage funktioniert. Viel massiver wirken sich jedoch Steigerungen bei den Rohstoff- und Personalkosten auf die Baupreise aus.

Ein Bauprozess ist komplex und benötigt viele Rohstoffe, deren Preise auf dem freien Markt schwanken und sich alleine in den vergangenen 15 Jahren um 55,3 Prozent erhöht haben. Neben den reinen Rohstoffkosten sind aufgrund von Deponieknappheit auch die Kosten für Erdarbeiten überdurchschnittlich stark gestiegen. Auch die Tariflöhne im ostdeutschen Baugewerbe haben sich deutlich nach oben entwickelt. Zwischen 2003 und 2018 stiegen sie um 31,3 Prozent. Personalkosten machen übrigens rund 28 Prozent des Bruttoproduktionswertes im Baugewerbe aus.

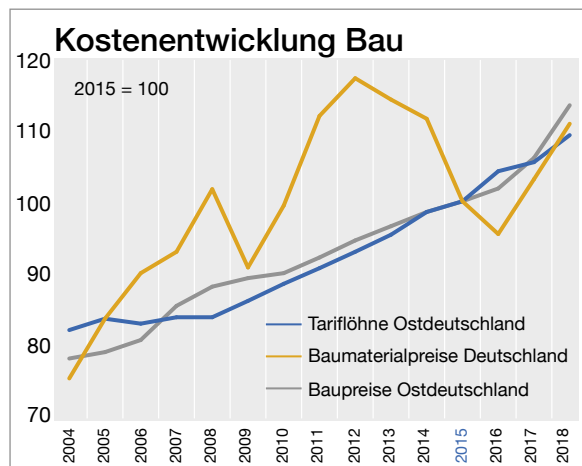
Eine genauere Beschäftigung mit den Ursachen der Baupreientwicklung macht deutlich, dass der gern benutzte Verweis auf die Verknappung der Kapazitäten als Kostentreiber zu kurz gegriffen ist. Richtig ist, dass die Mitgliedsunternehmen im Bauindustrieverband Ost zurzeit eine Auslastung von etwa 90 Prozent erreichen. Dass sich zu wenige Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen, liegt jedoch nicht nur an vollen Büchern, sondern vor allem an der fehlenden Attraktivität öffentlicher Aufträge.

Nach einer aktuellen Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen im Bauindustrieverband Ost sind die Gründe für den Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur vielfältig. Nur 37 Prozent der befragten Unternehmen führen dies auf fehlende Kapazitäten zurück. Die Ursache liegt nach Ansicht der meisten Baufirmen am Vergabeverhalten der öffentlichen Hand, gefolgt von bürokratischen Hindernissen und Personalproblemen in den Bauverwaltungen.

Der Fachkräftemangel in den Bauverwaltungen beeinträchtigt und verlangsamt den kompletten Bauprozess: Anfangen von der Planung, über die Bewertung der Angebote und die Erteilung von Genehmigungen bis hin zur Bauüberwachung. Der jahrelange Sparzwang in den öffentlichen Verwaltungen hat dazu geführt, dass der Staat seine Bauherrenkompetenz immer weniger ausüben kann.

Weitere Kostentreiber sind die bürokratischen Vergabe- und Ausschreibungsverfahren. Dokumentations- und Nachweispflichten, aufgeblähte Vergabeverfahren und unklare Zuständigkeiten verzögern den Baufortschritt und binden Arbeitszeit, was sich wiederum im Baupreis niederschlägt.

Die Bauindustrie Ost fordert daher eine Rückkehr zum partnerschaftlichen Bauen auf Augenhöhe sowie eine Verstetigung der öffentlichen Bauinvestitionen. Zudem würde eine Entbürokratisierung auch den Bauprozess verschlanken und der Steigerung der Baupreise entgegenwirken.

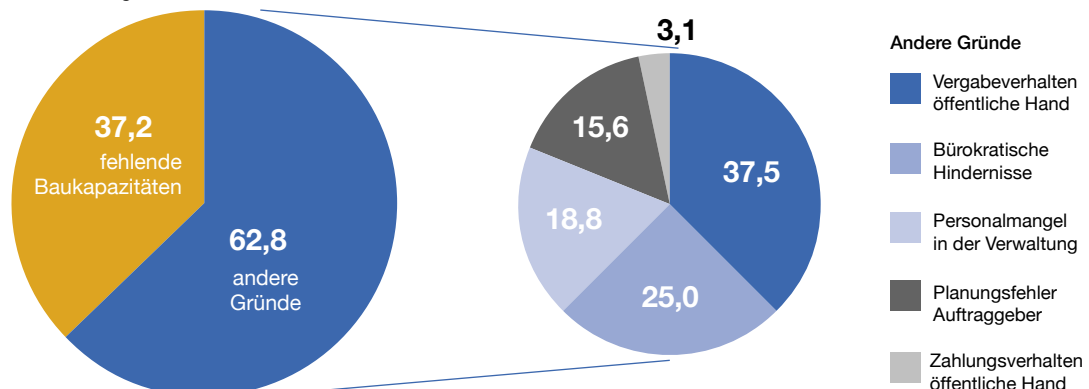


Quelle: SOKA-Bau, Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter Berlin-Brandenburg, M.-Vorpommern, Sachsen, S.-Anhalt, Thüringen

Ostdeutschland 2018

Gründe für den Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur und für Verzögerungen entsprechender Bauvorhaben – Ergebnis der BIVO-Befragung

Anteil der Nennung in Prozent



Quelle: BIVO-Umfrage März 2019

➤ Die Kassandrarufe in der Kapazitätsdebatte am Bau

Von Dr. Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer Bauindustrieverband Ost



Dr. Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer Bauindustrieverband Ost

Sie verhalten einfach nicht, die Kassandrarufe in der Debatte um Kapazitäten in der (ost-)deutschen Bauwirtschaft. Demnach hat die Branche die Auftragsbücher so voll, dass nichts mehr geht, jede weitere Bauanfrage fast ausschließlich in Preissteigerungen mündet und die Gewinne förmlich sprudeln („Goldene Nase“). In der öffentlichen Diskussion schwingt allzu oft der Vorwurf mit, die Bauunternehmen seien verantwortlich für ausbleibende Angebote bei staatlichen Aufträgen und somit auch „irgendwie“ unsolidarisch.

Tatsächlich befindet sich die Bauwirtschaft nach langen Jahren der Flaute in nahezu ungewohnter Situation, denn der Umsatz wuchs in 2018 in Ostdeutschland um 12 Prozent, in Berlin sogar um fast ein Viertel. Die Auftragslage ist gut und die Auslastung gestiegen, auf gegenwärtig 80 Prozent. Gleichzeitig hat die Bauindustrie ihre Kapazitäten ausgeweitet und durch Neueinstellungen und Investitionen immer weiter erhöht. Ökonomisch gesprochen: der gestiegenen Baunachfrage folgte der entsprechende Angebotszuwachs. Oder: der Baumarkt funktioniert und kann allein nicht herhalten für die beobachteten Friktionen.



Eine Verstetigung der Bauausgaben würde erheblich für Entspannung an der Kapazitätsfront sorgen.

Die Ursachen sind vielmehr im gegenwärtigen Regime des öffentlichen Bauprozesses zu suchen. Erstens ist das staatliche Ausschreibungs- und Vergabeverfahren hierzulande derart bürokratisch, überreguliert und zunehmend auch ideologiegetrieben, dass private Bauaufträge oft attraktiver als öffentliche sind und somit von den Baufirmen bevorzugt werden. Die „Fronddienste“, die deutsche Bauunternehmen gegenüber dem Staat erbringen müssen, verschlingen jährlich Ressourcen von satten 10 Milliarden Euro – Tendenz steigend.

Zweitens ist seit vielen Jahren auf allen Gebietskörperschaftsebenen eine prozyklische Bauinvestitionspolitik zu beobachten, also eine die vorherrschende Konjunkturlage verstärkende Finanzpolitik. In guten Zeiten wird viel gebaut, in schlechten wenig. So ist auch zu erklären, dass mancherorts politisch völlig verschlafen wurde, sich um Wohnungen, soziale Infrastruktur oder Verkehrsinfrastruktur zu kümmern. Und nun soll alles gleichzeitig her. Eine Verstetigung der Bauausgaben würde erheblich für Entspannung an der Kapazitätsfront sorgen.

Hier liegt also kein (Bau-)Marktversagen vor, sondern die von Politik und öffentlicher Verwaltung gesetzten Rahmenbedingungen sind ursächlich für die gegenwärtigen Nöte. Eine echte Entbürokratisierungs- und Deregulierungsoffensive sowie verstetigte Bauinvestitionen könnten entscheidend dazu beitragen, dass die unheilverkündenden Rufe verstummen und der Bau ein stabiler Garant für Wohlstand und Beschäftigung ist und bleibt.

Kommunalwahl



Am 26. Mai 2019 werden die Bürgerinnen und Bürger nicht nur für die Europawahl zur Wahlurne gebeten. Am selben Tag finden auch die Wahlen der kommunalen Vertreter in Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten in den Flächenländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt statt. Die Kommunen stellen einen großen Teil der öffentlichen Infrastruktur bereit und tragen wesentlich zur Investitionstätigkeit des Staates bei. Damit gehören sie zu den wichtigsten Auftraggebern der Bauwirtschaft. Obwohl die Aufgaben der Kommunen immer weiter zunehmen, verringert sich deren Finanzspielraum immer mehr. Unter diesen Voraussetzungen treten die nötigen Investitionen in die technische oder soziale Infrastruktur oft in den Hintergrund. Dabei sind Investitionen in Kitas, Schulen und das Breitbandnetz die drängenden Zukunftsaufgaben. Die Wahl im Mai 2019 bietet dabei die Chance, mit kommunalen Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen und auf Belange der Bauwirtschaft hinzuweisen. Der Bauindustrieverband Ost fordert diese wichtigen Weichenstellungen auf regionaler Ebene:

1. Wohnungsbau

Die Verknappung des Wohnraums ist längst kein Thema der Großstädte mehr. Auch im ländlichen Raum wird Bauland zur Mangelware. Um dem Wohnungsmangel in den Kommunen zu begegnen, muss mehr Wohnraum geschaffen werden.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- zweckmäßige und vollständige Verwendung der Fördermittel aus dem sozialen Wohnungsbau
- Überprüfung aller verfügbaren kommunalen Flächen, um sie für den Wohnungsbau zu aktivieren

2. Bau von Schulen und Kitas

Die Bildungsinfrastruktur stößt in vielen Kommunen an ihre Grenzen. Um den großen Bedarf zu decken, werden straffe Planungsverfahren und alternative Bauweisen benötigt.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- Straffung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren
- Einbeziehung serieller oder modularer Bauweisen

3. Breitbandausbau

Der Breitbandausbau ist für die dezentral agierende Baubranche ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor. Jenseits der Ballungsräume wird es für die Bauunternehmen immer schwieriger, die erforderlichen großen Datenmengen zu versenden. Dies ist aber eine Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im ländlichen Raum.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes auf 100 Mbit/s bis 2025
- Leerrohrverlegung als Standard bei Straßenneubau und -sanierung

4. Straßensanierung und Ortsumgehungen für Ortschaften

In der Nachwendezeit wurde viel in das ostdeutsche Straßennetz investiert. Dieser Standard muss gehalten und die Erhaltung vorangetrieben werden. Außerdem muss der Bau von Ortsumgehungen für verkehrsbelastete Ortschaften stärker in den Fokus rücken.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- Erhalt und Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur
- Von Bund und Land bereitgestellte Fördermittel müssen vollständig ausgeschöpft werden

5. Öffentliche Vergabe

Ausschreibungen werden immer öfter mit der Begründung aufgehoben, dass die eingereichten Angebote über den internen Kostenschätzungen des Auftraggebers gelegen hätten. Die tatsächliche Ursache liegt jedoch in veralteten und unrealistischen Kostenschätzungen.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- Kostenschätzungen dürfen nicht älter als zwei Jahre sein
- Bauvorhaben dürfen nicht so lange ausgeschrieben werden, „bis der Preis stimmt“

6. Öffentliche Verwaltung

Häufig stoßen die öffentlichen Verwaltungen mit ihren Ressourcen an ihre Grenzen. Das führt dazu, dass Fördermittel nicht abgerufen oder Genehmigungen nur mit Verzögerungen erteilt werden.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- Aufstocken der Kapazitäten in Bauämtern
- Konsequente Umsetzung der e-Vergabe

➤ Straßenausbau auf dem Rücken der Bürger?



Foto: STRATIE Bau GmbH

Kaum ein Thema wird vor den anstehenden Kommunalwahlen im Mai 2019 so heiß diskutiert wie die Straßenausbaubeiträge. Bei den derzeit gefüllten Staatskassen wird schnell der Ruf nach Entlastung laut, zumal die Beitragserhebung in jedem Bundesland unterschiedlich ausfällt. Während Berliner, Hamburger und neuerdings auch bayerische Grundstücksbesitzer von Beiträgen befreit sind, ist es den Kommunen in Sachsen freigestellt, ob sie Beiträge erheben. In Sachsen-Anhalt und Brandenburg wird derzeit die landesweite Beitragserhebung in Frage gestellt und hitzig in den Länderparlamenten thematisiert.

Der Bauindustrieverband Ost fordert eine solide Finanzierungsgrundlage, die auch in konjunkturell schlechten Zeiten anwendbar ist. Die ohnehin starke Bürokratiebelastung der Verwaltung und der ausführenden Baufirmen darf mit einer Novellierung nicht ansteigen. Die Bauwirtschaft braucht Planungssicherheit und fordert ein zügiges gesetzgeberisches Handeln, um den Bürgern, Gemeinden und Unternehmen Rechtssicherheit für den zukünftigen Straßenausbau zu geben.

➤ Vergabegesetze auf dem Prüfstand

In Berlin und Sachsen-Anhalt wird derzeit heftig über die Novellierung der bestehenden Vergabegesetze gestritten. Beide Vorhaben wagen nicht den überfälligen Schritt, Vergabeverfahren zu verschlanken und die Bürokratie in diesem Bereich mutig abzubauen.

Statt für eine Vereinfachung des Vergabeverfahrens zu sorgen und der Überregulierung entgegenzuwirken, kommt es im Berliner Entwurf zu einer weiteren und verstärkten Ausrichtung an ökologischen, sozialen und geschlechtergerechten Kriterien. So ist zum Beispiel der Nachweis über die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen gerade in globalisierten Wertschöpfungsketten nicht möglich und stellt Unternehmen vor unlösbare Probleme. Der Verband kritisiert außerdem, dass unbewährte und praxisferne Kriterien des bestehenden Gesetzes beibehalten und sogar noch erweitert werden, während bewährte Verfahren ersatzlos gestrichen werden. Nach Ansicht des Verbandes steht sich der Senat mit dieser Novellierung selbst im Weg und wird sein Ziel verfehlen, die Attraktivität öffentlicher Ausschreibungen zu steigern.

In Sachsen-Anhalt sind immerhin erste Ansätze zur Ent-

bürokratisierung zu beobachten. Positiv bewertet der Verband das Bestbieterprinzip, wonach weitreichende Erklärungen zur Einhaltung von Standards nur vom Bieter einzureichen sind, der tatsächlich den Zuschlag erhält. Auch die Gültigkeitsverlängerung von Eignungsnachweisen ist ein richtiger Schritt zur Entschlackung des Formularwesens. Die Möglichkeit, die Anzahl von sachgrundlos befristeten Arbeitsplätzen sowie die Beschäftigung von Schwerbehinderten zu hinterfragen, hält der Bauindustrieverband indes für nicht zielführend. Im weiteren Gesetzgebungsprozess sollte der Schwellenwert von 50.000 Euro deutlich erhöht werden. Dies beschleunigt die Fertigstellung von Kleinstprojekten und entlastet die meist unterbesetzten Vergabestellen der Kommunen.

Ein Vergabegesetz hat allein den Zweck zu erfüllen, öffentliche Vergabeprozesse effizient und transparent durchzuführen. Für die Durchsetzung wichtiger gesellschaftlicher oder ökologischer Ziele ist das Vergaberecht jedoch gänzlich ungeeignet. Für diesen Grundsatz wird der Bauindustrieverband Ost auch in den weiteren Gesetzgebungsverfahren eintreten.

➤ GU-Vergabe: Beliebt, aber selten angewandt

Das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V. veröffentlichte im März 2019 die Studie „Die Vergabe kommunaler Bauaufträge an Generalunternehmer bzw. Generalübernehmer“. Hierzu befragte das Zentrum deutschlandweit Kommunen zu ihrer Vergabepaxis im Bausektor.

Interessant ist, dass zwar eine große Mehrheit der Kommunen mit der Durchführung von Bauvorhaben durch Generalunternehmer zufrieden ist, eine GU-Vergabe jedoch sehr selten zur Anwendung kommt. Jede dritte der befragten Kommunen hätte keine GU-Vergabe ausgeschrieben, obwohl sie sachlich begründet gewesen wäre. Als Hauptgrund nannten die Verwaltungen den zu hohen Begründungsaufwand als Voraussetzung der GU-Vergabe. Zudem stünden der GU-Vergabe Ziele wie die Mittelstandsförderung oder die Förderung regionaler

Unternehmen entgegen. Entgegen der in der Praxis oft geäußerten Annahme, dass die Vergabestellen unterbesetzt seien, gaben 60 Prozent der Kommunen an, personell gut ausgestattet zu sein. Eine Annahme, die in der Studie bestätigt wurde, ist, dass sinkende Bieterzahlen die Vergabe von öffentlichen Aufträgen schwierig gestalten.

Der Bauindustrieverband Ost sieht sich in der Studie bestätigt und fordert die Kommunen auf, die Personalstruktur der Vergabestellen im Blick zu behalten und zukunftsgerichtet Aus- und Weiterbildungen anzubieten. Mit einer Verschlankung der bürokratischen Pflichten würden zudem Kapazitäten in den Verwaltungen frei und öffentliche Aufträge für die Wirtschaft attraktiver – eine zwingende Maßnahme, um dem Investitionsstau entgegenzuwirken.

➤ 5. Leipziger BIM-Fachtagung



Referenten der diesjährigen BIM-Fachtagung

Foto: BFW Bau Sachsen

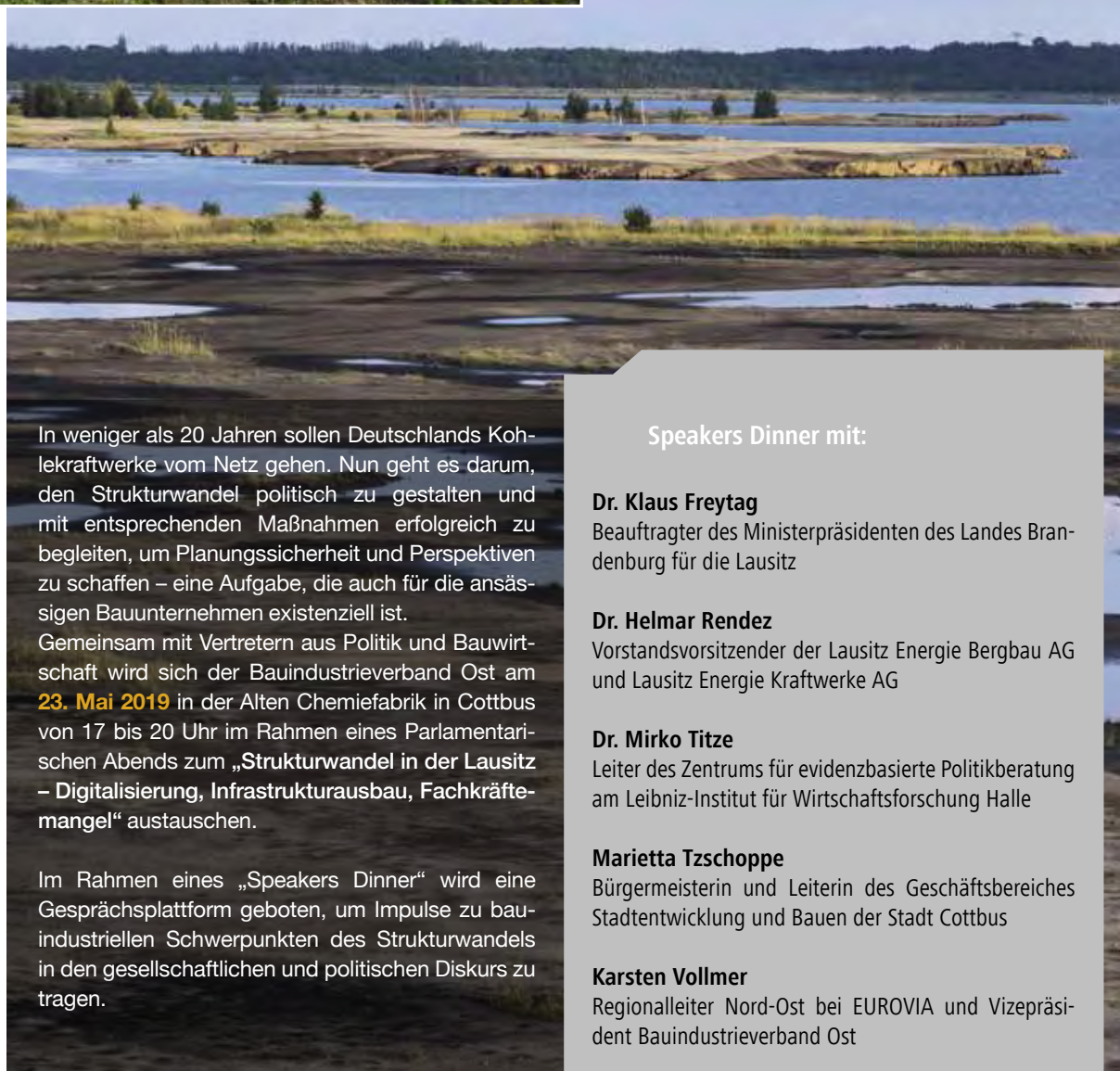
Am 10. April 2019 fand die 5. Leipziger Fachtagung „Building Information Modeling im Bauwesen“ (BIM) der Bauakademie Sachsen im Überbetrieblichen Ausbildungszentrum Leipzig statt. BIVO-Präsident Wolfgang Finck machte in seinem Grußwort deutlich, dass jeder Bereich entlang der Wertschöpfungskette von Bauprojekten von der Digitalisierung erfasst werde. BIM als Planungsmethode ist dabei nur ein Baustein des Prozesses der Digitalisierung der Bauindustrie. Er ermöglicht die Zusammenarbeit aller am Bau beteiligten Akteure an einem gemeinsamen digitalen Datenmodell. Alle Projektbeteiligten haben damit eine einheitliche Orientierungsbasis und sprechen die gleiche digitale Sprache. Digitalisierungsschritte können von diesem Modell abgeleitet oder integriert werden.

Damit wird BIM als zentraler Baustein weiterhin

an Bedeutung bei der Digitalisierung des Bauens gewinnen. Die Qualität der Planung wird damit erhöht, die Projektlaufzeiten verringert und am Ende auch die Kosten bei der Erstellung eines Gebäudes und im laufenden Betrieb gesenkt. Neben einem Überblick über das breite Anwendungsspektrum kamen auch die Nutzung von BIM in den unterschiedlichen Fachbereichen sowie flankierende Rechtsthemen zur Sprache. Damit BIM nicht nur im Hochbau, sondern auch bei Infrastrukturprojekten Einzug hält, muss es vor allem in den Vergabestellen berücksichtigt werden. Prinzipiell ist die zügige Wissensaneignung zu BIM eine grundlegende Voraussetzung zum Gelingen in der Praxis. Der stetige Zuwachs an Daten benötigt auch einen erhöhten Fokus auf den Schutz dieser und einen rechtssicheren Umgang mit den erfassten und verwendeten Daten.

PARLAMENTARISCHER ABEND

➤ Strukturwandel in der Lausitz



In weniger als 20 Jahren sollen Deutschlands Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Nun geht es darum, den Strukturwandel politisch zu gestalten und mit entsprechenden Maßnahmen erfolgreich zu begleiten, um Planungssicherheit und Perspektiven zu schaffen – eine Aufgabe, die auch für die ansässigen Bauunternehmen existenziell ist.

Gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Bauwirtschaft wird sich der Bauindustrieverband Ost am **23. Mai 2019** in der Alten Chemiefabrik in Cottbus von 17 bis 20 Uhr im Rahmen eines Parlamentarischen Abends zum „Strukturwandel in der Lausitz – Digitalisierung, Infrastrukturausbau, Fachkräftemangel“ austauschen.

Im Rahmen eines „Speakers Dinner“ wird eine Gesprächsplattform geboten, um Impulse zu bauindustriellen Schwerpunkten des Strukturwandels in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu tragen.

Speakers Dinner mit:

Dr. Klaus Freytag

Beauftragter des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg für die Lausitz

Dr. Helmar Rendez

Vorstandsvorsitzender der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG

Dr. Mirko Titze

Leiter des Zentrums für evidenzbasierte Politikberatung am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Marietta Tzschoppe

Bürgermeisterin und Leiterin des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Bauen der Stadt Cottbus

Karsten Vollmer

Regionalleiter Nord-Ost bei EUROVIA und Vizepräsident Bauindustrieverband Ost

Fotos (2): pixabay.com

BERLIN

Berliner Runde

Die traditionelle Berliner Runde traf sich zu Beginn des Jahres in den Räumen des Deutschen Bundestags. Vertreter der ostdeutschen Bauindustrie waren der Einladung Kai Wegners, baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Bauausschusses, gefolgt. Wegner gab in entspannter Atmosphäre detaillierte Einblicke in die baupolitische Arbeit auf Bundesebene und trat anschließend in den intensiven Austausch mit den Unternehmern. Dabei war die Nachwuchsgewinnung ein zentrales Thema und mit ihr die Frage, wie Wirtschaft und Politik den notwendigen Nachwuchs für die Baubranche begeistern können. Im Anschluss trafen die Vertreter den Bundestagsabgeordneten Michael Kießling in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Thema war die Digitalisierung der Baubranche auf Bundesebene sowie in den Unternehmen selbst mit Blick auf Building Information Mode-



Gespräch mit Kai Wegner, MdB

ling. Für den Ausklang des Tages wurde zuletzt das 360°-Panorama DIE MAUER von Yadegar Asisi besucht, in dem die Besucher in die 80er Jahre in Kreuzberg versetzt wurden.

BERLIN

BIM-Gespräch

Unternehmensvertreter der Ed. Züblin AG, Niederlassung Berlin erläuterten der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Chancen und Herausforderungen bei der Anwendung des Building Information Modelling (BIM) am Beispiel konkreter Bauprojekte. Als Werkzeug der Konflikt- und Problemprevention sorgt BIM für eine gesteigerte Termin- sowie Kostensicherheit. Allerdings rangiert Deutschland bei der prakti-

schen Anwendung von BIM auf den hinteren Plätzen und die umfassenden Vorteile werden lediglich von vereinzelten Bundesländern erkannt, beispielsweise Nordrhein-Westfalen. Doch für eine flächendeckende und einheitliche Anwendung muss politisch zunächst eine einheitliche Software festgelegt werden. (siehe auch Seite 9)

BERLIN

Kapazitäten in der Baubranche

Im Rahmen einer Anhörung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen des Abgeordnetenhauses in Berlin am 3. April 2019 nahm Hauptgeschäftsführer Dr. Robert Momberg zu den Planungs- und Baukapazitäten im Land Berlin und im Umland Stellung. Dem lauter werdenden Vorwurf der Politik, die Branche halte zu wenige Kapazitäten vor, entgegnete Momberg, dass nach Erhebungen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung der Auslastungsgrad im Bauhauptgewerbe Ostdeutschlands bei rund 80 Prozent liege. Der Fachkräftemangel, die unsicheren Konjunkturaussichten sowie das starre Arbeitsrecht würden außerdem dazu führen, dass die Unternehmen

ihre Kapazitäten kaum erhöhen könnten. Zudem seien die staatlichen Ausschreibungs- und Vergabeverfahren derart bürokratisch, überreguliert und zunehmend auch ideologiegetrieben, dass private Bauaufträge oft attraktiver als öffentliche seien und somit von den Baufirmen bevorzugt würden. Nach Ansicht des Verbandes können daher nur eine echte Entbürokratisierungs- und Deregulierungsoffensive sowie verstärkte Bauinvestitionen entscheidend dazu beitragen, dass der Bau ein stabiler Garant für Wohlstand und Beschäftigung ist und bleibt.

Die Stellungnahme ist abrufbar unter:

www.bauindustrie-ost.de/wirtschaftspolitik.html

BERLIN

➤ Bauen statt Enteignen



Foto: PORR GmbH

Zusammen mit [Marcus Becker](#), Präsidiumsmitglied des Bauindustrieverbandes Ost, und Hauptgeschäftsführer [Dr. Robert Momberg](#) besichtigte der FDP-Abgeordnete [Sebastian Czaja](#) im April eine Baustelle von Stadt & Land in Berlin-Marzahn. Hier werden 142 preisgünstige Wohnungen seriell in einem 11-Geschosser gebaut. Thema des Gesprächs war zudem die Initiative zur Enteignung privater Immobilienbesitzer in der Hauptstadt. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass die Initiative vom eigentlichen Problem ablenke. Denn jahrelang hat es der Senat unterlassen, ausreichend sozialen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und Bauland auszuweisen. Enteignungen ließen keinen Quadratmeter neuen Wohnraum entstehen. Viel effektiver könnten die Enteignungsgelder in den Bau neuer Wohnungen fließen. „Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 75 m² könnten rund 220.000 neue Wohnungen nach modernster Energiesparverordnung (EnEV) entstehen, die auch kostengünstig vermietet werden können“, machte Marcus Becker deutlich.

Vorteile seriellen Bauens:

- Deutliche Erhöhung der fertiggestellten Wohnfläche bei gleichzeitiger Kostenreduktion durch Planung von Prototypen, die deutschlandweit in Serie umgesetzt werden.
- In konventioneller Bauweise können Kosten durch die Optimierung der Wohnungsgrundrisse mit hohem Wiederholungsgrad, verbunden mit dem verstärkten Einsatz von Fertigelementen gesenkt werden.
- Viele Teile, sogar ganze Wohnmodule, können industriell vorgefertigt und anschließend in kurzer Zeit auf der Baustelle montiert werden.
- Serielles Bauen kann maßgeblich zur schnelleren Beseitigung von Wohnraumengpässen beitragen und dennoch eine hohe Gebäudequalität gewährleisten.

BERLIN

➤ Antrittsbesuch beim Staatssekretär

Am 18. Februar 2019 trafen sich Mitgliedsfirmen aus den Bereichen Ingenieurbau, Straßenbau sowie Spezialtiefbau zu einem ersten Gespräch mit dem neu ins Amt berufenen Staatssekretär für Verkehr in der Ber-

liner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz [Ingmar Streese](#). Kernpunkte des Gespräches waren die Verkehrslenkung Berlin sowie das Berliner Vergabegesetz.

BRANDENBURG

➤ Partnerschaftliches Bauen

Am 23. Januar 2019 trafen sich Mitgliedsfirmen aus der Fachabteilung Straßenbau mit Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung [Kathrin Schneider](#) und dem Vorstand des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg. Kerninhalte des Gespräches waren u. a. partnerschaftliches Planen und Bauen, das Thema Nachträge

im Allgemeinen sowie im Zusammenhang mit dem Landesbetrieb Straßenwesen im Speziellen. Außerdem wurde über die neugegründete Autobahn GmbH des Bundes sowie die Digitalisierung in der Bauwirtschaft gesprochen.

BRANDENBURG

➤ Baupolitisches Frühstück zur Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg

Das Brandenburger Kabinett hat am 11. Dezember 2018 die „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“ verabschiedet. Auf über hundert Seiten sind sieben Handlungsfelder mit 202 Maßnahmen für die Digitalisierung Brandenburgs enthalten. Um baurelevante Felder zu besprechen, folgte der zuständige Staatssekretär **Thomas Kralinski** der Einladung des Verbandes am 10. April 2019 zum Baupolitischen Frühstück. Nach einer allgemeinen Einführung zur Strategie verwiesen die Teilnehmer auf die mangelnde Beachtung der Bau-

industrie. Zudem fehle ein Bekenntnis von Politik und Verwaltung zu einem digitalen Kulturwandel, denn der Fokus der Strategie liege auf technischen Aspekten. Digitalisierung bedeute aber eben auch einen digitalen Kulturwandel in den Verwaltungen. Staatssekretär Kralinski verwies auf die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Strategie und auf den Bedarf an Fachexpertise aus den unterschiedlichen Verbänden, an der sich auch die Bauindustrie Ost beteiligen wird.

BRANDENBURG

➤ Gespräch mit der SPD-Fraktion Brandenburg

Zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag **Mike Bischoff** sowie dem wirtschaftspolitischen Sprecher **Helmut Barthel** sprach Hauptgeschäftsführer **Dr. Robert Momberg** über die baupolitischen Schwerpunktthemen in Brandenburg. Dabei ging es unter anderem um die hohe Bürokratiebelastung für Unternehmen und die damit verbundene mangelnde Attraktivität öffentlicher Aus-

schreibungen sowie die gestiegenen Baukosten. Mike Bischoff betonte, dass die SPD hohes Interesse an der Beschäftigung regionaler Unternehmen und dem engen Austausch mit diesen habe. Auch das partnerschaftliche Bauen sei gewünscht, allerdings in der praktischen Umsetzung mit Blick auf aktuelle Nachträge teils schwer zu realisieren. Die Gesprächsteilnehmer verabredeten sich, im engen Austausch zu bleiben.

SACHSEN

➤ Im Diskurs mit der Staatskanzlei

Am 8. März 2019 lud der Chef der Sächsischen Staatskanzlei **Oliver Schenk** Vertreter des Bauindustrieverbandes Ost zu einem Arbeitsgespräch zum Thema Bürokratieabbau ein. Hintergrund war das Schwarzbuch 2018, das konstatiert, wie sehr der Baufortschritt durch administrative Hürden behindert wird. Die Unternehmer berichteten über eine Vielzahl an Erklärungen, die bspw. beim Mindestlohn teils doppelt für jeden Mitarbeiter ausgefüllt und überprüft werden müssen und so dem Bauleiter einen unverhältnismäßigen administrativen Aufwand bescheren. Auch die Generalunternehmerhaftung bei Nachunternehmen sowie die Genehmigung von Schwerlasttransporten muss für den Bürokratieabbau unter die Lupe genommen werden, so die Teilnehmer. Zudem werde das serielle Bauen als Treiber für einen schnellen Baufortschritt durch die unterschiedlichen Bestimmungen der einzelnen Bauordnungen der Länder behindert. Diskussionen entstanden ebenso zum Thema der Digitalisierung am Bau und der schwierigen Nachwuchssuche der Bau-



Dr. Robert Momberg, Jörg Muschol (Dreßler Bau GmbH, NL Dresden), Staatssekretär Oliver Schenk, Michael Altmann (Backer Bau GmbH)

unternehmen. Während beim ersten Punkt die Verwaltung „BIM-fähig“ gemacht werden müsse, sollten beim zweiten Thema Politik und Wirtschaft Hand in Hand gehen und Lösungskonzepte erarbeiten. Gerade in strukturell schwachen Regionen müssen Facharbeiter ausgebildet und gehalten werden. Im Blick hatten die Gesprächsteilnehmer dabei auch den Strukturwandel in der Lausitz.

SACHSEN

➤ Diskussion mit der CDU Sachsen



Parlamentarisches Frühstück mit Blick über Dresden

Am 9. April 2019 traf sich der Verband mit Vertretern der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag zum Parlamentarisches Frühstück in Dresden. In der Dis-

kussion wurde insbesondere die schlechte Verkehrsinfrastruktur thematisiert. Derzeit seien z. B. 37 Prozent der Bundesstraßen in Sachsen marode. Gründe hierfür sehen die anwesenden Unternehmer vor allem bei den fehlenden Planungskapazitäten in den Bauverwaltungen. Zudem sehen sie die Praxis, dass oft externe Planungsbüros und Projektsteuerer eingebunden werden, was die Gefahr von Fehlplanungen birgt. Zum besseren Fördermittelabfluss schlug der CDU-Fraktionsvorsitzende [Christian Hartmann](#) vor, die Anmeldefrist der Kommunen statt wie bisher Ende Oktober auf den 30.06. eines jeden Jahres zu setzen und kommunale Verbände stärker mit einzubinden. Bezüglich des Breitbandausbaus gab es kollektive Einigkeit, dass es eine bessere Informationslage geben und das Breitbandinformationszentrum stärker eingebunden werden müsse.

SACHSEN-ANHALT

➤ Licht und Schatten beim Vergabegesetz Sachsen-Anhalt

Am 27. März 2019 stellte [Thomas Wunsch](#), Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, Vertretern des Bauindustrieverbandes Ost die Eckpunkte der Novellierung des Vergabegesetzes Sachsen-Anhalt vor. Positiv ist zu bewerten, dass ein Bestbieterprinzip eingeführt werden soll, wonach weitreichende Erklärungen zur Einhaltung von Standards nur vom Bieter einzureichen sind, der tatsächlich den

Zuschlag erhält. Auch die geplante Verlängerung der Gültigkeit von Eignungsnachweisen traf als kleiner Schritt zur Entbürokratisierung auf Zustimmung der Bauwirtschaft. Der Verband machte deutlich, dass er sich im weiteren Gesetzgebungsprozess für eine deutliche Anhebung des derzeit geltenden Schwellenwertes von 50.000 Euro und verbindliche Schulungen der Vergabestellen einsetzen werde.

SACHSEN-ANHALT

➤ Im Dialog mit der CDU-Landtagsfraktion



Im Austausch mit Landtagsabgeordneten

Am 26. März 2019 fand in der Magdeburger Geschäftsstelle des Bauindustrieverbandes ein Parlamentarisches Frühstück mit der Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Digitalisierung“ der CDU-Landtagsfraktion statt. Neben der Digitalisierung, der Debatte um Straßenausbaubeiträgen und Kapazitäten der Bauwirtschaft, stand die Entbürokratisierung des Vergabegesetzes im Vordergrund.

Die Unternehmenschäft führte Praxisbeispiele zu überbordender Bürokratie an und betonte die Notwendigkeit einer Novellierung. Gerade die Präqualifizierung als Instrument des Bürokratieabbaus müsse auch in Kommunen konsequent Anwendung finden. Die von der CDU hervorgebrachte verbindliche Schulung der Vergabestellen wurde für die Novellierung des Gesetzes begrüßt. Auch eine moderate Anhebung des Schwellenwertes von 50.000 Euro fand Zustimmung. Prinzipiell wurde von beiden Seiten festgehalten, dass ein Vergabegesetz auch in wirtschaftlich-schlechten Zeiten anwendbar sein und nur dem Ziel dienen muss, öffentliche Aufträge an Unternehmen zu bringen. Vergabefremde Kriterien erschweren die Vergabepaxis, schmälern die Attraktivität der Aufträge, führen zu einer geringen Beteiligung und steigern den Investitionsstau. Eine Situation, die für Staat und Wirtschaft nicht optimal ist.

UMSCHULUNG ZUR MAURERIN: **Viele Wege führen zum Traumberuf**

Nicole Kramm in Aktion

Vom Studium der Innenarchitektur über einen Job im Sicherheitsdienst bis zur Umschulung als Maurerin am BFW Bau Sachsen – für [Nicole Kramm](#) (36) führen viele Wege zum Traumberuf. Für die BiB berichtet sie von ihrem Werdegang.

Frau Kramm, wie sind Sie zum Bau gekommen?

Maurerin wollte ich schon immer werden. Als Teenager hatte ich als Frau damals wenig Chancen auf dem Bau, sodass es mich zur Innenarchitektur gezogen hat. Nach dem Studium arbeitete ich im Sicherheitsdienst und bin anschließend kurzzeitig arbeitslos geworden. Aus der Not habe ich eine Tugend gemacht und den Schritt zur Umschulung gewagt. Eine Entscheidung, die ich nicht bereut habe.

Wie kam die Leidenschaft für den Bau zustande?

Ich bin familiär vorgeprägt. Mein Opa und mein Vater waren Maurer. Mein Bruder hat ebenfalls den Beruf ergriffen. Selbst meine Mutter arbeitet als Bauzeichnerin. So kam ich schon früh mit dem Bauwesen in Berührung. Der Beruf des Maurers ist vielschichtig. Neben dem

Mauern gibt es auch viele Trockenbauarbeiten mit Holz zur Schalung – das liegt mir.

Wie gestaltet sich die Umschulung? Haben sich Ihre Erwartungen bestätigt?

Privat habe ich meinem Vater schon oft über die Schulter geschaut und mitgearbeitet. Täglich selbst im Ausbildungszentrum zu arbeiten und zu lernen ist schon ein Unterschied. Genauigkeit zählt und auch die Arbeit ist körperlich anstrengend. Daran gewöhnt man sich aber schnell und auch die Rückenschmerzen werden mit dem „täglichen Training“ weniger. In der Praxis lernt man auch neuere Methoden kennen, z. B. dass Steine heutzutage eher geklebt werden. Gleichzeitig bin ich froh, dass ich im BFW Bau Sachsen auch das alte Handwerk von den Ausbildern gelehrt bekomme.

Würden Sie Anderen den gleichen Schritt empfehlen?

Wenn man Interesse am Beruf hat und eine Perspektive sucht, ist eine Umschulung nie zu spät. Als zweifache Mutter bereue ich den Neustart nicht und freue mich auf spannende Arbeiten auf Baustellen in und um Leipzig.

Von der Schulbank über den Chefsessel zum dualen Studium

Bei dem Thema Nachwuchssuche stehen die Unternehmer vor der entscheidenden Frage: Wie gewinnt man die Jugend für sein Unternehmen? Die RST Recycling und Sanierung Thale GmbH wählte einen innovativen Weg und wurde mit einem neuen Arbeitnehmer belohnt.

Das Unternehmen beteiligte sich in den vergangenen Monaten an der Initiative „Ein Tag Chef“ der Wirtschaftsjuvenen Deutschland. Geschäftsführender Gesellschafter [Carl W. Finck](#), der selbst amtierender Präsident der Wirtschaftsjuvenen Harz ist, hatte so den

18-jährigen Abiturienten [Malte Zimmermann](#) zu Gast. Im Unternehmen konnte er den RST-Chef begleiten, dabei „Praxisluft“ schnuppern und die Arbeitsbereiche der Firma kennenlernen. Das aufgebaute Vertrauen reichte so weit, dass der Abiturient sich tags darauf auf die ausgeschriebene Stelle für ein Duales Studium bewarb und prompt genommen wurde. Ab August wird der Abiturient neben der Berufsausbildung zum Bau-facharbeiter das Studium des Bauingenieurwesens an der Hochschule Magdeburg-Stendal absolvieren. Der Weg zum Bauleiter ist geebnet.

➤ Vertragsstrafe auf Zwischentermine muss auf anteiligen Auftragswert begrenzt werden

Der Fall:

In einem Bauvertrag wird vereinbart, dass der Auftragnehmer (AN) die Arbeiten nach dem beigelegten Bauzeitenplan auszuführen hat. Zudem hat er bei schuldhafter Überschreitung einer Vertragsfrist oder mehrerer Vertragsfristen eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 Prozent der Netto-Schlussrechnungssumme pro Werktag zu zahlen. Die anfallende Vertragsstrafe wird der Höhe nach auf höchstens 5 Prozent der Netto-Schlussrechnungssumme begrenzt. Mehrere in dem Bauzeitenplan enthaltene Zwischenfristen und der vorgesehene Fertigstellungstermin werden vom AN überschritten. Als er seinen Restwerklohn geltend macht, rechnet der Auftraggeber (AG) mit einer Vertragsstrafenforderung in Höhe von 12.300 Euro auf.

Praxishinweis:

Die Unwirksamkeit einer Vertragsstrafenvereinbarung für Zwischenfristen wegen unangemessener Höhe hat keinen Einfluss auf die Vertragsstrafenklausel für die Überschreitung der Fertigstellungsfrist, wenn die Regelungen trennbar sind. Das ist zu bejahen, wenn die Vertragsstrafe für die Überschreitung des Fertigstellungstermins nach der Vertragsgestaltung eine eigenständige Regelung darstellt, die inhaltlich, optisch und sprachlich von der Vertragsstrafe für die Überschreitung sonstiger Termine getrennt ist. Diese Voraussetzungen liegen hier nach Ansicht des OLG Karlsruhe deshalb nicht vor, weil der Vertrag selbst keine Ausführungsfristen und Fertigstellungstermine ausweist, sondern insoweit umfassend auf einen Bauzeitenplan, der sämtliche Vertragsfristen enthält, Bezug nimmt.

Die Entscheidung:

Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 21.12.2018 – 8 U 55/17 – muss der AN keine Vertragsstrafe zahlen! Die Aufrechnungserklärung des AG geht deshalb ins Leere. Eine vom AG gestellte Vertragsstrafenregelung, die eine für die schuldhaft Überschreitung einer Zwischenfrist zu zahlende Vertragsstrafe auf einen Anteil der Gesamtauftragssumme anstatt auf den Wert der zum Zeitpunkt des Ablaufs der Zwischenfrist tatsächlich rückständigen Werkleistung festlegt, benachteiligt den AN unangemessen. Denn in einem solchen Fall kann die vereinbarte Höchststrafe nach verhältnismäßig kurzen Zeiträumen bereits vollständig verwirkt sein. Der AG profitiert dann im Zuge der Absicherung von Zwischenfristen auf Kosten des AN davon, dass der AN später noch weitere Leistungen erbringt, deren Zweck es nicht ist, die Einhaltung des vorangegangenen Zwischentermins zu sichern. Ein angemessenes Gleichgewicht der Interessen von AG und AN ist mithin nicht gewahrt. Danach hält die vorliegend vereinbarte Vertragsstrafenregelung einer AGB-rechtlichen Überprüfung nicht stand. Denn die Regelung sieht die Verwirkung einer Vertragsstrafe bei Überschreitung von Zwischenfristen vor und knüpft für die Bemessung der Vertragsstrafe einheitlich an die Netto-Schlussrechnungssumme an.



➤ Neues Wohnquartier in Bernau vor den Toren der Hauptstadt

Bonava Deutschland GmbH

Geschäftsführung

Sabine Helterhoff
Andreas Fohrenkamm

Bonava Deutschland GmbH
Am Nordstern 1
15517 Fürstenwalde / Spree

www.bonava.de

Fotos (2): Bonava Deutschland GmbH

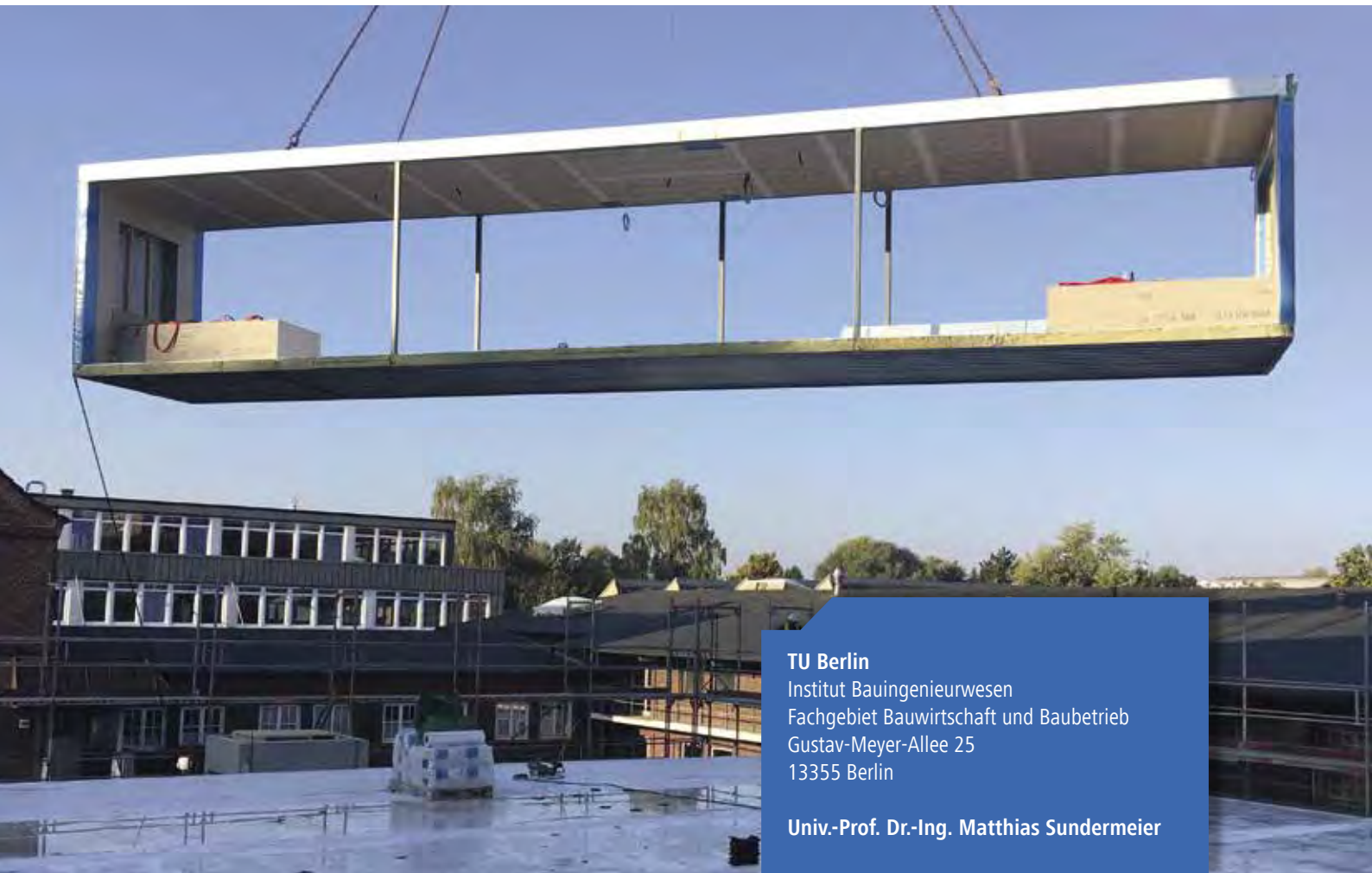
Mancher Projektentwickler reagiert skeptisch, wird ihm ein größeres Baugrundstück vor den Toren einer Großstadt angeboten. Er stellt sich die Frage: Sind die Menschen bereit, eine gewisse Entfernung in Kauf zu nehmen, um in die Großstadt zu pendeln? Der Wohnprojektentwickler Bonava entwickelt zu 60 Prozent im Umland. Und doch war das Unternehmen bei der 100.000 Quadratmeter großen Brachfläche im nord-östlich von Berlin gelegenen Bernau zunächst unsicher. Aber ein Vor-Ort-Besuch zeigte: Das 97.000 qm große Areal liegt im Bernauer Ortsteil Friedenstal, mit dessen Entstehung Mitte der 1990er Jahre auch eine nur wenige Gehminuten entfernte S-Bahnstation geschaffen wurde. Beste Voraussetzungen für ein Wohnprojekt dieses Umfangs. Die Projektlaufzeit startete im Februar 2016 mit dem Ankauf des Grundstücks. Baubeginn erfolgte im April 2017 und die letzte Schlüsselübergabe wird für Ende 2020 erwartet. Statt großflächigem Geschosswohnungsbau sah Bonava in Friedenstal bessere Chancen für einen klassischen Siedlungsbau mit Reihenhäusern als Wohneigentum, Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften. In gelungener Abstimmung mit dem Bernauer Bürgermeister, dem Bauamt und den Stadtwerken gelang die Konzipierung eines neuen Wohnquartiers mit Straßen, Begleitgrün und zwei Spielplätzen. Anstatt der ursprünglich geplanten 185, umfassen die Friedentaler Gärten letztlich 206 Wohneinheiten. Insgesamt werden ca. 24.600 qm Wohn-/Nutzfläche geschaffen. Während im ersten Bauabschnitt auf Einfamilienhäuser mit großen Grundstücken gesetzt wurde, musste im weiteren Projektverlauf aufgrund der hohen Nachfrage umgedacht werden. Die kleineren Stadthäuser mit eigenem Gartenanteil finden ungebrochen großen Anklang.

Bonava Deutschland GmbH

Bereits vor 90 Jahren baute Bonava in Schweden seine ersten Wohnhäuser. Inzwischen ist das schwedische Unternehmen einer der führenden Wohnprojektentwickler in Nordeuropa und Deutschland. Hierzulande begann seine Geschichte 1964. Als VEB Industriebau Fürstenwalde gehörte es zum großen Baukombinat BMK Ost, bevor 1991 die Übernahme durch das schwedische Traditionsunternehmen Siab erfolgte, das 1996 mit NCC fusionierte. Von einem Industriebauunternehmen entwickelte man sich zu einem Wohnprojektentwickler mit integrierter Planung und eigener Systembauweise. Auch unter der neuen Marke Bonava bleibt das Unternehmen auf Wachstumskurs. Auf 37 Prozent Frauenanteil kommt das Unternehmen und Anfang 2019 trat mit Sabine Helterhoff erstmals eine Frau an die Spitze von Bonava Deutschland. An ihrer Seite steht Andreas Fohrenkamm, der 1978 als Maurerlehrling im Unternehmen begann und seit 2008 das operative Geschäft verantwortet. Aktuell bauen 980 Bonava-Mitarbeiter partnerschaftlich mit einem Netzwerk von Subunternehmern an rund 4.600 Wohneinheiten, darunter Reihen- und Doppelhäuser sowie Mehrfamilienhäuser mit Eigentums- oder Mietwohnungen.



➤ Serieller und modularer Wohnungsbau



TU Berlin

Institut Bauingenieurwesen
Fachgebiet Bauwirtschaft und Baubetrieb
Gustav-Meyer-Allee 25
13355 Berlin

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Matthias Sundermeier

Fotos (3): TU Berlin

Bis ins Jahr 2025 wird bundesweit mit einem jährlichen Bedarf von rund 400.000 neuen Wohnungen gerechnet. Insbesondere in Metropolregionen ist die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum für Studierende, Auszubildende und Senioren sehr hoch. Um diesen Bedarfsprognosen gerecht zu werden, erhält das serielle und modulare Bauen aktuell viel Aufmerksamkeit.

Das damalige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) hat im Zuge dessen über das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung ein Förderprogramm zum nachhaltigen und bezahlbaren Bau von gemischt nutzbaren Variowohnungen im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft BAU“ initiiert. Diese sollen einen innovativen Charakter hinsichtlich Architektur sowie baulicher und technischer Standards aufweisen. Zusätzlich wird jedes Modellvorhaben von forschenden Einrichtungen wissenschaftlich begleitet. Ziel ist es, die Grundlagen für die Weiterentwicklung und die nachhaltige Nutzung von Variowohnungen zur Verfügung zu stellen. Innerhalb des Förderprogramms werden bundesweit

19 Bauvorhaben umgesetzt, die bezahlbaren Wohnraum für die zuvor genannten Bedarfsgruppen bis Ende 2019 bereitstellen. Das Fachgebiet Bauwirtschaft und Baubetrieb der Technischen Universität Berlin begleitet seit 2016 zwei dieser Modellvorhaben im Rahmen einer wissenschaftlichen Kooperation. Beide Projekte zeichnen sich durch stark verkürzte Bauzeiten, flexible Nachnutzungsmöglichkeiten sowie eine innerstädtische Nachverdichtung aus. Außerdem werden beide Projekte mit dem Nachhaltigkeitssiegel NaWoh vom GdW zertifiziert.

Das eine Projekt befindet sich in Hamburg-Steilshoop und wurde bereits im April 2019 von Auszubildenden bezogen – und das, obwohl im Oktober 2018 erst mit dem Rohbau begonnen wurde. Möglich ist dies durch die Verwendung der Raummodulbauweise, bei der dreidimensionale Stahlrahmenmodule mit einem hohen Vorfertigungsgrad stationär vorgefertigt werden. Durch die auf diese Weise stark reduzierte Rohbauzeit konnten an einem Tag Raummodule mit einem Brutto-rauminhalt von rund 1.700 m³ montiert werden – aber



auch größere Mengen sind durchaus möglich. Weitere Bauzeitverkürzungen konnten durch die Vorverlagerung von Teilprozessen der Ausbau- und TGA-Gewerke in die Werkhallen erzielt werden. Alle restlichen Leistungen können dann unmittelbar nach Modulmontage auf der Baustelle begonnen werden, da die Materialien bereits in den Modulen direkt mitgeliefert wurden.

Auch das zweite, größere Projekt in Hamburg-Harburg soll bereits Ende 2019 abgeschlossen sein und zeichnet sich durch planerische Optimierung und der Verwendung von komplett vorgefertigten Bädern aus. Hierdurch konnten die ursprünglich beteiligten neun Badgewerke auf eine Schnittstelle minimiert werden, wodurch die Termin-, Kosten- und Qualitätssicherheit optimiert wurde.

Bei beiden Projekten untersucht die TU Berlin den Einfluss von Komponenten des seriellen Bauens auf die Entscheidungsautonomie des Bauherrn, eine höhere Vorfertigungsmöglichkeit und die Flexibilität der Gebäude. Erste Ergebnisse der Forschungstätigkeit zeigen, dass ein höherer Vorfertigungsgrad eine verringerte Flexibilität hinsichtlich der Grundrissgestaltung und Nachnutzungsvariabilität erfordert und eine rigide Bauweise bedingt. Ferner wird der optimale Zeitpunkt zur Einbindung der Hersteller für modulare Bauweisen untersucht, denn dieser kann den Vorgaben bei öffentlichen Vergaben widersprechen.



Fachgebiet Bauwirtschaft und Baubetrieb

Das Fachgebiet Bauwirtschaft und Baubetrieb im Institut für Bauingenieurwesen der Technischen Universität Berlin beschäftigt sich mit den ökonomischen Herausforderungen, die sich rund um das Planen, Errichten und Betreiben von baulichen Anlagen auf der Branchen-, Unternehmens-, Projekt- und Prozessebene ergeben.

Das Angebot in der Lehre umfasst neben dem klassischen Feld des Baubetriebs insbesondere auch das Projekt- und Bauobjektmanagement über den Lebenszyklus von Gebäuden, Ingenieurbauten und Infrastrukturvorhaben. Vertiefungsmöglichkeiten bestehen darüber hinaus im Bau- und Vergaberecht, im Vertrags- und Konfliktmanagement sowie im Bereich Bauwirtschaft mit Themen zum Markt und Wettbewerb in der Branche. Ausgebildet werden vor allem Studierende des Bauingenieurwesens und des Wirtschaftsingenieurwesens mit Schwerpunkt Bau.

Nicht allein in der Lehre, sondern auch in der Forschung liegt der Anspruch des Fachgebiets in einer disziplinübergreifenden Betrachtung breit gefächelter Themen im gemeinsamen Kontext der Wirtschaftlichkeit. Aktuelle Forschungsfelder sind u. a.:

- Strukturwandel der Bauwirtschaft
- Strategische Bauherren- und Beschaffungsorganisation
- Organisations- und Vertragsmodelle für komplexe Großprojekte
- Projektrisiko-, Vertrags- und Konfliktmanagement
- Bauarbeitsmarkt und Personalentwicklung
- Industrialisierung und Digitalisierung der Bauwirtschaft

Neben der wissenschaftlichen Grundlagenarbeit liegt ein Schwerpunkt der Aktivitäten hierbei in der Forschungskooperation mit Partnern aus der Wirtschaft wie auch aus dem institutionellen Sektor. Weiterhin erbringt das Fachgebiet Beratungs- und Gutachterleistungen zu strategischen und operativen Fragestellungen.

➤ Aus dem Verband

Regionalgespräch in Plauen



Die Mitgliedsunternehmen aus dem Direktionsbezirk Chemnitz besichtigten am 2. April 2019 in Plauen das Bauvorhaben Umbau und Erweiterung des ehemaligen Amtsgerichtes zur Staatlichen Studienakademie Plauen auf dem Schlossberg. Im Bauabschnitt II entsteht das Multifunktionsgebäude mit Bibliothek. Mit der Umgestaltung zum Campus wird eine städtebauliche Lücke geschlossen. In der anschließenden Gesprächsrunde informierte [Heike Krenkel](#), Niederlassungsleiterin Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB) Zwickau, zu künftigen größeren Bauvorhaben des SIB. Mit Blick auf die diesjährige Landtagswahl in Sachsen kamen die Teilnehmer mit dem Landtagsabgeordneten [Frank Heidan](#) (CDU) zu aktuellen Themen der Landespolitik ins Gespräch. Von allen Teilnehmern wurde die Notwendigkeit unterstrichen, dass man im Bauablauf zurück zu einem Miteinander auf Augenhöhe kommen müsse. Dafür sei die bessere personelle Ausstattung in den Bauverwaltungen eine wichtige Voraussetzung. Außerdem müsse den Verantwortlichen im Bauablauf wieder mehr Entscheidungskompetenz eingeräumt werden. Deutlich wurde im Gespräch aber auch, dass in die Parlamente wieder mehr Praktiker mit wirtschaftlichem Sachverstand einziehen müssen.

Kerstin Poznanski wird ab Mai 2019 in ihren wohlverdienten Ruhestand eintreten. Ihre Aufgaben im Ressort Technik und Bildung sowie die Betreuung der Mitgliedsunternehmen im Bereich Chemnitz übernimmt [Grit Höfer](#).

Tel.: 0341 3363736

E-Mail: grit.hoefer@bauindustrie-ost.de

Regionalgespräch Sachsen-Anhalt

Am 11. April 2019 fand das jährliche Regionalgespräch Sachsen-Anhalt in Magdeburg statt. Gesprächspartner war der Magdeburger Baudezernent [Dr. Dieter Scheidemann](#), der aktuelle und zukünftige Bauvorhaben der Landeshauptstadt vorstellte, aber auch zu politischen Initiativen Stellung bezog. So erwähnte er, dass er als kommunaler Vertreter die Debatte um die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen kritisch sehe. Die Stadt brauche die Einnahmen, um wichtige Vorhaben zu realisieren. Zur Nachfrage, ob die Stadt ein Ausbleiben von Angeboten auf öffentliche Ausschreibungen zu beklagen hätte, konnte Dr. Scheidemann entwarnen. Er erhalte in der Regel genügend Angebote, stört sich nur an den verlängerten Bauzeiten. Durch Verzögerungen im Bauprozess werden andere Baustellen und Investitionen blockiert. So kam es dazu, dass EU-Fördermittel in erheblicher Höhe nicht ausgegeben werden konnten. Nach dem Gespräch besichtigte die Gruppe die Großbaustelle des Magdeburger Citytunnels und informierte sich zu Herausforderungen des Baus.



Regionalgespräch Dresden

Die 1. Regionalberatung der Mitgliedunternehmen im Direktionsbezirk Dresden fand am 28. März 2019 in Dresden statt. Die Mitglieder im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau der Landeshauptstadt Dresden [Ingo Flemming](#) (CDU), [Johannes Lichdi](#) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und [Tilo Wirtz](#) (DIE LINKE) berichteten über die Vorstellungen der Parteien zu zukünftigen Entwicklungen des Baugeschehens und Investitionen in Baumaßnahmen. Im Anschluss stellte [Steffen Jäckel](#), Geschäftsführer der WiD (Wohnen in Dresden GmbH & Co. KG) die bereits im Bau befindlichen und geplanten Bauvorhaben der WiD vor.

Regionalgespräch Berlin

Am 21. März 2019 fand das Regionalgespräch Berlin außerhalb der sonst üblichen Formate im Rahmen des Filmfestivals „11mm International Football Film Festival Berlin“ im Kino Babylon in Berlin statt. Die Unternehmer sahen den Eröffnungsfilm „Unser Team - Nossa Chape“ und tauschten sich anschließend in geselliger Runde über den Film, das Festival und die regionale Bauindustrie aus.

Unternehmertagung 2019 in Dessau



Unter der Überschrift „100 Jahre Bauhaus“ trafen sich die Teilnehmer zur diesjährigen Unternehmertagung in Dessau. [Frank Assmann](#), Leiter der Bauabteilung der Stiftung Bauhaus, stellte in einem Impulsvortrag den Museumsneubau des spanischen Architekturbüros González Hinz Zabala vor und führte im Anschluss über die Baustelle. Als zweite Station wurde das Bauhaus von Walter Gropius besichtigt. Die Führung durch das 1926 fertiggestellte Gebäude faszinierte alle Gäste. Im zweiten Teil des Tages stellte [Dr. Claudia Nebel-Töpfer](#), Inhaberin innsicht – entdecken und entwickeln GbR, in

ihrem Vortrag „Persönlichkeitstypologie: Sich selbst und andere besser verstehen“ vor, was uns Menschen ausmacht. In einem Test, der überraschende Ergebnisse zutage brachte, konnte jeder Teilnehmer selber herausfinden, wo er sich persönlich einordnen kann.

Sozialpolitischer Ausschuss

Am 12. Februar 2019 tagte der Sozialpolitische Ausschusses (SPA) des Verbandes in Berlin. [Fred Kiergaßner](#), Implen Construction GmbH, wurde erneut zum Vorsitzenden gewählt. Inhaltlich ging es um die Umsetzung der Entsenderichtlinie bis zum 30.07.2020, die Datenschutz-Grundverordnung und Personenkontrollen auf Baustellen, die Vorstellung der Arbeitsgruppe „Tarifvertragliche Mitgliedschaftsvorteile“ beim Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und die Vorstellung des Pilotprojekts „Digitale Zeiterfassung für gewerbliche Arbeitnehmer auf Berliner Baustellen“ bei der Sozialkasse Berlin.

Ausschuss für Personalentwicklung, Regionalbereich Berlin-Brandenburg

Am 4. März 2019 fand in Potsdam die erste Sitzung des neu gegründeten Ausschusses für Personalentwicklung im Regionalbereich Berlin-Brandenburg statt. Themen auf der Agenda waren u. a. Ziele und Aufgaben des Ausschusses, die bundesweite Nachwuchskampagne „Bau – Dein Ding“ sowie die Vorstellung des geplanten Leitfadens „Fachkräfte finden und binden“. Ebenso wurden die Vorsitzenden für den Regionalbereich Berlin-Brandenburg gewählt: [Karsten Vollmer](#), EUROVIA VBU GmbH, als Vorsitzenden sowie [Maren Schröder](#), Züblin Spezialtiefbau GmbH, und [Markus Schwarz](#), Stump Spezialtiefbau GmbH, als stellvertretende Vorsitzende.

Vorstandssitzung Fachabteilung Straßenbau, Regionalgruppe Sachsen

Am 18. März 2019 trafen sich die Mitglieder des Vorstandes der Fachabteilung Straßenbau, Regionalgruppe Sachsen in Leipzig. Der Vorstand verabschiedete den bisherigen Vorsitzenden [Alexander Richter](#), EUROVIA Verkehrsbau Union GmbH, NL Dresden, und dankte ihm für die engagierte Arbeit in der Fachabteilung, die er seit 2001 geleitet hatte. Den neuen Vorsitz übernimmt mit sofortiger Wirkung [Ralph Brix](#), STRABAG Großprojekte GmbH.

Gesprächskreis Wohnungsbau

Auf Wunsch der Mitgliedsunternehmen gründete sich Ende 2018 der Gesprächskreis Wohnungsbau des Bauindustrieverbandes Ost. Dieser gibt Wohnungsbaunternehmen eine Plattform für den Austausch zu Themen der aktuellen Wohnungsbaupolitik der Länder sowie des Bundes. Der erste Gesprächskreis fand am 18. Februar 2019 gemeinsam mit dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in Berlin statt. Als Gast konnte der damalige Baustaatssekretär [Gunther Adler](#) gewonnen werden. Nach einem Impulsvortrag im Rahmen der Wohnungsbaupolitik auf Bundesebene folgten Fragen und intensive Gespräche. Dabei ging es unter anderem um die zahlreichen Baunormen, die Idee der Einsetzung eines Normenkontrollrates am Beispiel anderer Städte sowie allgemeingültige Baustandards.



Foto: PORR GmbH, ZNL Berlin

➤ Termine

07.05.2019	Fachabteilung Straßenbau Regionalgruppe Sachsen-Anhalt in Magdeburg
07.05.2019	Ausschuss für Personalentwicklung in Dresden
08.05.2019	Ältestenrat in Potsdam
09.05.2019	Regionalgespräch Brandenburg in Schönefeld-Waßmannsdorf
15.05.2019	Fachabteilung Leitungsbau in Potsdam
17.05.2019	Informationsveranstaltung Hauptunternehmerhaftung in Leipzig
17.05.2019	Betriebswirtschaftlicher Ausschuss in Leipzig
20.05.2019	Fachabteilung Straßenbau Regionalgruppe Berlin-Brandenburg in Potsdam
23.05.2019	Parlamentarischer Abend: Strukturwandel in der Lausitz in Cottbus
24.05.2019	Arbeitskreis Ingenieurbau in Potsdam
27.05.2019	Fachabteilung Straßenbau Regionalgruppe Sachsen in Dresden
11.06.2019	„Politik trifft Azubi“ in Magdeburg
14.06.2019	Bautag mit Sommerball in Magdeburg
18.06.2019	Mitgliederversammlung Bauindustrieverband Ost in Berlin
22.08.2019	Sommerfest in Potsdam
07.11.2019	VOB-Tagung in Leipzig

Konjunktur 2018

Auftragseingang

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost-deutschland
Jahr 2018		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	gesamt
Gesamt	1.000 Euro	3.279.922	2.666.276	5.297.615	2.570.412	17.042.505
	% zu 2017	+31,0	+13,7	+9,6	+24,4	+15,7
Wohnungsbau	1.000 Euro	1.514.769	763.472	571.487	281.819	3.646.664
	% zu 2017	+33,8	+35,5	+0,2	+16,1	+21,3
Wirtschaftsbau	1.000 Euro	1.204.353	1.013.700	2.526.348	1.363.715	7.192.247
	% zu 2017	+52,3	+6,1	+21,5	+48,1	+25,6
Öffentlicher Bau	1.000 Euro	560.800	889.104	2.199.780	924.878	6.203.594
	% zu 2017	-3,6	+7,7	+0,7	+2,4	+3,5
darunter Straßenbau	1.000 Euro	308.739	513.144	1.025.524	558.058	3.156.770
	% zu 2017	+4,8	+12,2	-0,8	+12,6	+7,1

Umsatz

Gesamt*	1.000 Euro	3.445.258	2.858.389	5.683.491	2.495.289	18.304.526
	% zu 2017	+24,0	+1,5	+13,4	+14,5	+11,7
dar. Baugewerblicher Umsatz	1.000 Euro	3.436.118	2.837.387	5.632.848	2.469.765	18.162.436
	% zu 2017	+23,9	+1,7	+13,5	+14,5	+11,8
Hochbau gesamt	1.000 Euro	2.023.371	1.410.150	2.518.548	869.809	8.609.162
	% zu 2017	+23,5	-5,9	+11,7	-1,1	+7,3
Tiefbau gesamt	1.000 Euro	1.412.747	1.427.237	3.114.300	1.599.956	9.553.274
	% zu 2017	+24,4	+10,3	+14,9	+25,2	+16,2
Wohnungsbau	1.000 Euro	1.474.830	795.327	704.282	355.054	4.084.850
	% zu 2017	+30,3	-17,4	+15,4	+8,9	+7,8
Wirtschaftsbau	1.000 Euro	1.419.997	1.118.709	2.791.469	1.161.931	7.798.919
	% zu 2017	+27,9	+10,9	+15,7	+16,3	+15,2
Öffentlicher Bau	1.000 Euro	541.291	923.352	2.137.097	952.780	6.278.667
	% zu 2017	+1,9	+12,5	+10,1	+14,5	+10,3
darunter Straßenbau	1.000 Euro	272.047	497.563	1.010.547	544.422	3.087.969
	% zu 2017	+6,6	+15,9	+13,7	+19,4	+14,2

* Einschließlich sonstiger Umsatz (= Umsatz aus nichtbaugewerblichen Leistungen von Bauunternehmen)

Kapazitäten

Betriebe	Anzahl	229	329	619	320	2.013
	% zu 2017	+1,6	-2,6	+4,0	+0,9	+1,9
Beschäftigte gesamt	Anzahl	13.388	16.762	33.005	16.996	104.543
	% zu 2017	-1,0	+1,0	+4,3	+9,5	+4,0
davon im Baugewerbe	Anzahl	13.372	16.538	32.787	16.959	103.879
	% zu 2017	-1,0	+1,0	+4,3	+9,6	+4,0

Ihre Ansprechpartner

Hauptgeschäftsstelle Potsdam

Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam
Fon: 0331 7446-0
Fax: 0331 7446-166
info@bauindustrie-ost.de

Dr. Robert Momberg

Hauptgeschäftsführer
robert.momberg@bauindustrie-ost.de

Milena Alexandra Madaus

Assistentin der Hauptgeschäftsführung
milena.madaus@bauindustrie-ost.de

Michael Schmidt

Ressortleiter Technik und Bildung
michael.schmidt@bauindustrie-ost.de

Sabine Tesmer

Ressort Verwaltung und Betriebswirtschaft
sabine.tesmer@bauindustrie-ost.de

Sophie von Minckwitz

Ressort Politik und Kommunikation
sophie.vonminckwitz@bauindustrie-ost.de

Peggy Konrad

Assistentin
peggy.konrad@bauindustrie-ost.de

Claudia Seth

Allgemeine Dienste
claudia.seth@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Berlin

Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin
Fon: 030 21286-200
Fax: 030 21286-205
berlin@bauindustrie-ost.de

Mathias Kahrs

Ressortleiter Tarif- und Sozialpolitik
mathias.kahrs@bauindustrie-ost.de

Doreen John

Assistentin
doreen.john@bauindustrie-ost.de

Sybille Postel

Assistentin
sybille.postel@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Magdeburg

Lorenzweg 56, 39128 Magdeburg
Fon: 0391 53221-0
Fax: 0391 53221-24
magdeburg@bauindustrie-ost.de

Herbert Mackenschins

Geschäftsstellenleiter
Ressort Recht und Soziales
herbert.mackenschins@bauindustrie-ost.de

Daniel Anger

Ressort Politik und Kommunikation
daniel.anger@bauindustrie-ost.de

Jana Keitel

Assistentin
jana.keitel@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Leipzig

Heiterblickstraße 35, 04347 Leipzig
Fon: 0341 33637-0
Fax: 0341 33637-34
leipzig@bauindustrie-ost.de

Grit Höfer

Geschäftsstellenleiterin
Ressort Technik und Bildung
grit.hoefer@bauindustrie-ost.de

Susann Stein

Ressortleiterin Politik und Kommunikation
Pressesprecherin
susann.stein@bauindustrie-ost.de

Martina Fischer

Assistentin
martina.fischer@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Dresden

Neuländer Straße 29, 01129 Dresden
Fon: 0351 31988-0
Fax: 0351 31988-25
dresden@bauindustrie-ost.de

Hubertus Nelleßen

Ressortleiter Baurecht
hubertus.nellesen@bauindustrie-ost.de

Claudia Rauschenbach

Ressortleiterin Verwaltung und Betriebswirtschaft
claudia.rauschenbach@bauindustrie-ost.de

Suzette Paquet-Ernst

Kaufmännische Assistentin
suzette.paquet-ernst@bauindustrie-ost.de

Christin Förster

Assistentin
christin.foerster@bauindustrie-ost.de

